

Verhandeln die Ostdeutschen die Wende gerade nach?

Die offene Rechnung der Einheit betrifft Freiheit, Eigentum und Einfluss. Ihre demokratische Antwort ist mehr Teilhabe – nicht kulturelle Überhöhung.

AUTOR: KI-MEINT.DE · KI-REDAKTION

STAND: 23. JULI 2026 UM 15:15 UHR

DIESER BEITRAG WURDE KI-GENERIERT.



Illustration: KI-meint.de · KI-generiert · Bildnachweis: ki-meint.de/bildrechte/#62772c18-0271-476e-b130-a641ba8986f9

THESE DER AUSGABE

Die Wende lässt sich nicht wiederholen. Aber ihre ungleichen Folgen bei Vermögen, Eigentum und Repräsentation verlangen politische Antworten, die Anerkennung nicht in Abgrenzung verwandeln.

Hinweis zur Einordnung: Dieser Beitrag wurde vollständig mit künstlicher Intelligenz (KI) erstellt und anhand der angegebenen Quellen redaktionell geprüft. Trotzdem können Angaben fehlerhaft, unvollständig oder nicht mehr aktuell sein. Prüfen Sie wichtige Aussagen bitte selbst; eine Gewähr für Richtigkeit, Aktualität und Vollständigkeit übernehmen wir nicht. [So arbeitet die KI-Redaktion](#) →

Nicht die Wende wird nachverhandelt – ihre Folgen

Der Satz klingt zunächst schief. Die Wende kann man nicht noch einmal führen, den Mauerfall nicht wiederholen, die erste freie Volkskammerwahl nicht nachholen. Geschichte ist nicht verhandelbar wie ein Tarifvertrag. Und doch trifft das

Wort einen Nerv: In den politischen Auseinandersetzungen der Gegenwart kehren Fragen zurück, die nach 1990 viel zu schnell als erledigt galten. Wer besitzt Unternehmen und Wohnungen? Wer entscheidet in Verwaltungen, Medien, Universitäten und Konzernzentralen? Wer wird als Stimme des Landes gehört – und wer vor allem als Problem beschrieben?

Die Wende war eine Freiheitsbewegung. Die Friedliche Revolution richtete sich gegen einen Staat, der seine Bürger kontrollierte, Wahlen fälschte und Widerspruch bestrafte. Die Wahl zur Volkskammer am 18. März 1990 war die erste freie Wahl in der Geschichte der DDR; sie gab dem demokrati-

schen Aufbruch eine parlamentarische Form.[1] Wer heute über die Einheit spricht, darf diese Erfahrung nicht in eine nachträgliche Verlustgeschichte verwandeln. Die Freiheit, reisen zu können, zu wählen, zu demonstrieren, zu gründen und dem Staat zu widersprechen, war nicht der Nebenposten von 1989. Sie war ihr Kern.

Aber die politische Freiheit von 1989 und die soziale Bilanz der folgenden Jahrzehnte sind nicht dasselbe. Mit dem Beitritt am 3. Oktober 1990 wurden Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen Länder der Bundesrepublik; der Einigungsvertrag setzte damit einen rechtlichen und institutionellen Rahmen für die Einheit.[2] Wie in diesem Rahmen Eigentum verteilt, Betriebe umgebaut, Biografien anerkannt und Machtpositionen besetzt wurden, war keine Naturgewalt. Es waren Entscheidungen unter hohem Zeitdruck, mit realen Zwängen und Folgen, die bis heute sichtbar sind.

Darum ist die präzisere Frage nicht, ob „die Ostdeutschen“ die Wende nachverhandeln. Das wäre zu groß, zu pauschal und zu bequem. Es gibt nicht die ostdeutsche Erfahrung, nicht den einen Grund für eine Wahlentscheidung und schon gar nicht die eine politische Lehre aus 1990. Die präzisere Frage lautet: Welche offenen Rechnungen der Einheit sind noch immer nicht gut genug beantwortet – und wer gibt ihnen heute eine Sprache?

Die Antwort darauf darf weder in Ostalgie noch in Herablassung enden. Wer nur von Defiziten redet, übersieht Freiheit, Leistung, Neubeginn und die enorme Arbeit, mit der Städte, Unternehmen, Familien und Kommunen nach 1990 ihr Leben neu organisiert haben. Wer nur von Erfolg erzählt, übersieht die ungleiche Startposition beim Vermögensaufbau, die Erfahrung vieler Brüche und die fortdauernde Unterrepräsentation ostdeutscher Biografien in wichtigen Führungspositionen. Beides zugleich auszuhalten ist anspruchsvoll. Genau deshalb wird es politisch so oft vermieden.

1989 und 1990 sind zwei verschiedene Geschichten

Die erste Geschichte handelt von der Selbstbefreiung aus der DDR. Menschen gingen auf die Straße, weil sie freie Wahlen, Meinungsfreiheit, Reisefreiheit und einen Staat wollten, der ihnen nicht mehr vorschreibt, was sie denken dürfen. Die Volkskammerwahl im März 1990 fand in einer Lage statt, die kaum mit einer normalen Wahl zu vergleichen ist: Neue Parteien waren erst kurz zuvor entstanden, westdeutsche Parteien griffen massiv in den Wahlkampf ein, und zugleich stand die Zukunft beider deutscher Staaten zur Entscheidung.[1] Diese Wahl war dennoch kein Betriebsunfall der Geschichte, sondern ein demokratischer Akt. Sie gab dem Wunsch nach einer schnellen Einheit eine Legitimation, die spätere Debatten nicht auslöschen können.

Die zweite Geschichte beginnt nicht erst mit dem 3. Oktober 1990. Sie beginnt mit der Frage, wie die Einheit konkret vollzogen werden sollte. In welcher Reihenfolge würden Währung, Wirtschaftsordnung, Sozialversicherung, Eigentumsrecht und Verwaltung zusammengeführt? Welche Betriebe konnten erhalten werden, welche mussten sich unter völlig neuen Bedingungen behaupten, welche wurden verkauft oder geschlossen? Welche Abschlüsse, Berufswege und Lebensleistungen galten fortan als anschlussfähig – und wer musste sich rechtfertigen, obwohl die Regeln sich über Nacht verändert hatten?

Diese beiden Geschichten wurden im Rückblick oft ineinander geschoben. Dann wird aus der Kritik am wirtschaftlichen Umbau schnell eine Kritik an der Einheit selbst. Oder umgekehrt: Wer an die Freiheit von 1989 erinnert, soll damit jede Frage nach den Folgen von Privatisierung, Arbeitslosigkeit oder Eigentum erledigt haben. Das ist ein falscher Gegensatz. Gerade weil die Freiheit von 1989 so wichtig war, darf die Gesellschaft die Erfahrungen nach 1990 nicht nur als Undankbarkeit behandeln.

Der Einigungsvertrag formulierte die Einheit als Vollendung in Frieden, Freiheit und Selbstbestimmung und regelte zugleich den institutionellen Beitritt der DDR zur Bundesrepublik.^[2] Damit war eine politische Richtung festgelegt: nicht die gemeinsame Neugründung eines Staates, sondern der Beitritt zum bestehenden bundesdeutschen Ordnungsrahmen. Diese Entscheidung machte schnelle Rechtsklarheit möglich. Sie bedeutete aber auch, dass ostdeutsche Institutionen, Berufserfahrungen und wirtschaftliche Strukturen sich an vorhandene westdeutsche Maßstäbe anpassen mussten. Anpassung war vielfach notwendig; sie war trotzdem nicht folgenlos.

Wer das heute nüchtern beschreibt, spricht nicht gegen die Demokratie. Im Gegenteil: Demokratie lebt davon, dass ihre historischen Entscheidungen besprochen werden dürfen, ohne dass jede Kritik als Loyalitätsbruch gilt. Die Einheit ist kein sakraler Gegenstand. Sie ist eine gemeinsame politische Wirklichkeit – und eine Wirklichkeit kann man bilanzieren.

Der Umbau war kein einzelner Verrat, aber auch keine reine Marktlogik

Am schärfsten verdichtet sich diese Bilanz in der Treuhandanstalt. Ihr wurde 1990 ein gewaltiger Teil des volkseigenen DDR-Vermögens übertragen: rund 8.500 Betriebe mit mehr als vier Millionen Beschäftigten.^[3] Diese Zahl beschreibt eine Größenordnung, die in der deutschen Nachkriegsgeschichte ohne Beispiel ist. Es ging nicht um einzelne Firmen, sondern um ganze industrielle Landschaften, Lieferketten, Städte und berufliche Identitäten.

Die Treuhand übernahm keine intakte Marktwirtschaft, die man nur hätte öffnen müssen. Viele Betriebe litten unter veralteter Technik, schlechter Umweltbilanz, geringer Produktivität, fehlendem Eigenkapital und einer Einbindung in Märkte, die mit dem Zerfall des Ostblocks wegbrachen. Die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion setzte die Unternehmen zudem unmittelbar der Konkurrenz

aus. Die Bundeszentrale für politische Bildung benennt diese Mischung aus Währungsumstellung, Marktverlusten, strukturellen Rückständen und Privatisierungsdruck als Rahmen des Umbaus.^[3] Jede ehrliche Erzählung muss diese Bedingungen nennen. Eine Erzählung, in der ein einziger Akteur planvoll eine funktionierende Wirtschaft zerstörte, erklärt die Lage nicht.

Aber die gegenteilige Erzählung ist ebenfalls unzureichend. Wer den Umbau als technisch unvermeidliche Marktbereinigung darstellt, blendet aus, dass Tempo, Verfahren und Eigentümerstruktur politisch gewählt wurden. Über achtzig Prozent der privatisierten Unternehmen gingen an westdeutsche Investoren, während ostdeutsche Erwerber bei etwa sechs Prozent lagen; ausländische Investoren machten einen weiteren, deutlich kleineren Teil aus.^[3] Daraus folgt nicht, dass jeder Verkauf falsch war oder jede westdeutsche Übernahme illegitim. Es folgt aber, dass der Verlust von Unternehmenszentralen, Kapital und Entscheidungsmacht keine bloße Einbildung sein kann.

Diese Eigentumsfrage ist der Punkt, an dem viele Debatten zu moralisch werden. Niemand, der 1991 eine Firma kaufte, trägt automatisch persönliche Schuld für die Strukturunterschiede von heute. Niemand muss sich für Herkunft entschuldigen. Es geht nicht um individuelle Anklage. Es geht um die Frage, welche Bedingungen es ostdeutschen Gründerinnen, Managern und Beschäftigten ermöglichten, aus dem Umbruch eigene wirtschaftliche Macht aufzubauen – und welche Bedingungen sie eher in die Rolle von Beschäftigten, Filialen oder Zulieferern drängten.

Der Unterschied ist praktisch. Ein Betrieb kann Arbeitsplätze sichern und dennoch Entscheidungen, Forschung, Einkauf, Finanzierung und hohe Einkommen an einem anderen Ort bündeln. Eine Region kann neue Straßen, sanierte Innenstädte und Förderprojekte bekommen und trotzdem wenige Unternehmenssitze haben. Wer nur auf sichtbare Investitionen schaut, sieht die Verbesserung. Wer

auf Eigentum und Steuerung schaut, sieht zusätzlich, wer langfristig profitiert und wer über die nächste Investition entscheidet.

Die Folgen des Umbaus waren zudem nicht überall gleich. Leipzig ist nicht die Uckermark, Jena nicht die Altmark, Dresden nicht Vorpommern. Es gibt prosperierende Städte, starke Forschung, erfolgreiche Mittelständler und neue industrielle Ansiedlungen. Pauschale Untergangsbilder sind deshalb falsch. Aber regionale Vielfalt widerlegt keine strukturelle Lücke. Sie verlangt nur, dass man genauer hinschaut als auf die alte Karte Ost gegen West.

Vermögen ist kein Gefühl, sondern ein Spielraum

Am deutlichsten zeigt sich die lange Wirkung historischer Ausgangslagen beim privaten Vermögen. In der Vermögensbefragung der Deutschen Bundesbank lag der Median des Nettovermögens der Haushalte in den ostdeutschen Ländern 2023 bei 35.900 Euro, in den westdeutschen Ländern bei 143.200 Euro.[4] Ein Median ist keine Lebensgeschichte und er sagt nichts über den einzelnen Haushalt. Er ist aber ein guter Schutz gegen die Behauptung, die Frage sei nur Stimmung.

Vermögen bedeutet mehr als Wohlstandssymbolik. Es entscheidet darüber, ob jemand eine Durststrecke überbrücken, eine Ausbildung finanzieren, eine Wohnung kaufen, ein Unternehmen gründen oder Kindern einen finanziellen Start ermöglichen kann. Es schafft Zeit und Wahlmöglichkeiten. Wer weniger erbt, später Eigentum bildet oder nach einem Bruch bei null anfangen musste, ist nicht weniger leistungsbereit. Aber er hat weniger Puffer, um Risiko in Freiheit zu verwandeln.

Auch die amtliche Statistik weist auf fortbestehende Unterschiede hin. Destatis berichtet für 2024 bei steuerlich erfassten Erbschaften und Schenkungen pro Kopf in den westlichen Ländern fast viermal so hohe Beträge wie in den östlichen Ländern und Berlin.[5] Solche Zahlen sind keine

Erklärung für jedes Vermögen und keine Begründung für Neid. Sie machen sichtbar, wie ungleich sich Besitz über Generationen fortschreibt.

Das ist besonders wichtig, weil die Einheit oft in Jahreszahlen gedacht wird: 1990, 2000, 2010, 2025. Vermögen denkt anders. Ein Haus, ein Betrieb, ein Aktienpaket, eine Erbschaft oder ein belastbares Netzwerk wirken über Jahrzehnte. Wer 1990 Kapital, Branchenwissen und Kontakte hatte, konnte Chancen nutzen, die für andere kaum erreichbar waren. Wer in derselben Zeit den Arbeitsplatz verlor, umschulen musste oder wegzog, begann einen anderen Pfad. Beide Pfade werden an Kinder und Enkel nicht mechanisch, aber real weitergegeben.

Die Debatte braucht deshalb einen klaren Maßstab. Es geht nicht darum, dass alle Menschen denselben Besitz haben sollen. Es geht darum, ob Herkunft und der Zeitpunkt eines Systembruchs den Zugang zu Besitz und Aufstieg dauerhaft unverhältnismäßig prägen. Wenn die Antwort teilweise ja lautet, ist das kein ostdeutsches Sonderthema. Es ist eine soziale Frage der gesamten Republik.

Dazu gehört auch Wohneigentum. Für die neuen Länder und Berlin weist die amtliche Statistik 2023 bei Haushalten mit Haus- und Grundbesitz einen Anteil von 38,1 Prozent aus; im früheren Bundesgebiet waren es 49,6 Prozent.[5] Immobilienbesitz ist nicht die einzige Form von Vermögen, und hohe Eigentumsquoten sind kein alleiniger Beweis für Gerechtigkeit. Aber er zeigt, warum die Einheit nicht nur an Löhnen oder sanierten Fassaden gemessen werden darf.

Anerkennung heißt nicht Folklore, sondern Einfluss

Die Vermögensfrage ist eng mit der Frage nach Repräsentation verbunden. Wer entscheidet über Personal, Budgets, Themen und Karrieren? Der Elitenmonitor 2024 zählte Ostdeutsche in 12,1 Prozent der untersuchten Spitzenpositionen; 2018 lag der Anteil noch bei 10,9 Prozent.[6] Die Richtung ist also nicht nur negativ. Es gibt Fortschritte. Aber

die Zahl bleibt deutlich unter dem Bevölkerungsanteil ostdeutsch sozialisierter Menschen und verdeutlicht, dass Aufstieg nicht einfach mit den Jahren automatisch nachwächst.

Repräsentation darf dabei nicht in eine falsche Herkunftsquote kippen. Niemand sollte einen Posten nur wegen eines Geburtsorts erhalten. Entscheidend sind Kompetenz, Erfahrung, Integrität und Leistung. Doch offene Ausschreibungen, nachvollziehbare Auswahlverfahren und vielfältige Rekrutierungswege sind kein Gegensatz zu diesen Kriterien. Sie sind die Voraussetzung dafür, dass Kompetenz nicht immer in denselben vertrauten Milieus erkannt wird.

Die Unterrepräsentation hat eine symbolische und eine praktische Seite. Symbolisch entsteht der Eindruck, ostdeutsche Lebensläufe seien in den zentralen Räumen des Landes nicht der Normalfall, sondern eine biografische Besonderheit. Praktisch entscheidet sich in Führungsebenen, welche Probleme als dringlich gelten, welche Geschichten erzählt werden und welche Netzwerke Zugang zu Ressourcen erhalten. Wer dort selten vorkommt, muss nicht automatisch übergangen werden. Er hat aber seltener die Möglichkeit, die eigenen Erfahrungen zur Selbstverständlichkeit zu machen.

Deshalb reicht es nicht, ostdeutsche Perspektiven an Gedenktagen zu würdigen oder sie in Talkshows zu erklären. Anerkennung ist kein kultureller Blumengruß. Sie zeigt sich in Zuständigkeit. Eine Bundesbehörde im Osten braucht Aufgaben, an denen wirklich entschieden wird. Ein Forschungsstandort braucht Karrierewege, die nicht für die nächste Stufe zwingend nach München, Frankfurt oder Berlin führen. Regionale Förderung muss fragen, ob nicht nur Arbeitsplätze, sondern auch Forschung, Einkauf, Führung und Beteiligung vor Ort bleiben.

Das gilt ebenso für die öffentliche Sprache. Ostdeutschland ist nicht das Labor, in dem der Westen seine Sorgen studiert. Wer Regionen hauptsächlich über Abwanderung, Rechtsextremismus oder Wahlkarten wahrnimmt, erklärt Menschen zu Symptomen. Das erzeugt keinen demokratischen

Widerspruch, sondern Distanz. Eine Gesellschaft darf problematische Entwicklungen benennen. Sie verliert aber Vertrauen, wenn sie die Betroffenen nur noch als Material für ihre Diagnose behandelt.

Eine Wahl ist kein psychologischer Test

Die Bundestagswahl 2025 zeigt, warum diese Unterscheidung wichtig ist. In Sachsen-Anhalt erhielt die AfD 37,1 Prozent der Zweitstimmen.^[7] Das ist ein politisch gravierendes Ergebnis. Es bedeutet aber nicht, dass fast vier von zehn Wählerinnen und Wählern dieselbe Weltanschauung teilen, dieselbe Lebenslage haben oder aus demselben Grund gewählt haben. Wahlen bündeln Motive: Überforderung, Protest, Enttäuschung, Überzeugung, Angst, Ablehnung konkreter Politik, Misstrauen gegen Institutionen oder den Wunsch nach einer deutlich anderen politischen Sprache.

Gerade deshalb sollte man nicht behaupten, die AfD sei einfach die Stimme der wirtschaftlich Benachteiligten. Die Vermögenslücke erklärt keine einzelne Stimme. Sie sagt auch nichts darüber, ob Menschen rechtsextreme Positionen teilen, Demokratie ablehnen oder sich in Parteien nur eine scharfe Opposition wünschen. Soziale Lage und politische Entscheidung fallen nie eins zu eins zusammen.

Umgekehrt wäre es aber genauso bequem, das Ergebnis allein als moralischen Defekt zu behandeln. Wer jede Kritik an der Einheit als Ressentiment etikettiert, überlässt das Thema jenen, die aus berechtigten Fragen ein Feindbild machen. Die demokratische Aufgabe besteht darin, die soziale und politische Erfahrung ernst zu nehmen, ohne daraus eine Entschuldigung für Ausgrenzung zu machen.

Das erfordert eine Sprache, die zwei Dinge gleichzeitig kann. Sie muss sagen: Es gibt reale, belegbare Unterschiede bei Vermögen, Eigentum und Repräsentation. Und sie muss sagen: Aus diesen Unterschieden folgt keine kulturelle Überlegen-

heit, kein Recht auf Verachtung und keine engere Definition dessen, wer zum Volk gehört. Erst beides zusammen nimmt die Lage ernst.

Die falsche Antwort: Stolz als Ersatz für Gleichheit

Genau hier liegt die politische Gefahr der gegenwärtigen Nachverhandlung. Die AfD Sachsen-Anhalt formuliert in ihrem Regierungsprogramm, Ostdeutschland sei „das bessere Deutschland“, und verbindet dies mit dem Gedanken, der Osten habe mehr Deutschland bewahrt.[8] Das ist nicht bloß ein scharfer Satz für den Wahlkampf. Er verschiebt die Frage.

Die richtige Frage wäre: Warum sind Eigentum, Aufstiegschancen und Entscheidungszentren noch immer so ungleich verteilt? Die programmatische Antwort macht daraus: Wer ist das eigentliche Deutschland? Aus einer Forderung nach gleicher Teilhabe wird ein Wettbewerb um kulturelle Vorrangstellung. Das kann sich für Menschen, die lange als Nachzügler beschrieben wurden, zunächst wie Würde anfühlen. Politisch ist es aber ein Tauschgeschäft: Statt mehr Macht zu versprechen, wird moralische Überlegenheit angeboten.

Das ist deshalb so wirksam, weil die Erfahrung, unterschätzt oder belehrt zu werden, real sein kann. Niemand möchte als Förderfall, Defizitregion oder Gegenstand westdeutscher Erklärung erscheinen. Der Satz vom besseren Deutschland dreht die Hierarchie um. Er sagt nicht mehr: Ihr müsst aufholen. Er sagt: Ihr wart die ganze Zeit richtiger. Das verschafft kurzfristig Genugtuung. Es löst aber keine Eigentumsfrage, verlegt keinen Unternehmenssitz und öffnet keine Karrierewege.

Auch die Wiederaufnahme von Formeln aus der Friedlichen Revolution muss sorgfältig gelesen werden. Die AfD-Bundestagsfraktion verbindet den 35. Jahrestag der Einheit mit „Wir sind das Volk“ und „Wir sind ein Volk“.[9] Diese Worte haben eine große demokratische Geschichte. 1989 standen sie gegen den Anspruch eines Staates, für

alle zu sprechen. Gerade deshalb sollte man sie nicht als Besitzstand einer Partei behandeln. Ihre Stärke lag darin, Herrschaft Grenzen zu setzen – nicht darin, ein engeres kulturelles Wir zu definieren.

Man kann die AfD nicht allein über einzelne Formulierungen erklären. Sie macht auch konkrete Vorschläge zu Infrastruktur, Steuern, Wohnen und Energie. Eine faire Auseinandersetzung muss diese Vorschläge im Einzelnen prüfen. Aber die programmatische Erzählung vom besseren Osten zeigt, wie die Partei soziale Erfahrung politisch rahmt: nicht in erster Linie als Auftrag zu mehr Gleichheit, sondern als Beleg für eine kulturelle Rangordnung.

Damit verhandelt sie die Wende nicht wirklich nach. Sie wechselt nur die Währung. Statt über Arbeitsplätze, Beteiligungen, Löhne, Erbschaften, Unternehmensnachfolgen und institutionelle Zugänge zu reden, bietet sie Zugehörigkeit als Abfindung an. Das ist einfacher als eine komplizierte Bilanz. Und es ist gefährlicher, weil es Anerkennung an Abgrenzung bindet.

Was tatsächlich nachzuverhandeln ist

Eine demokratische Antwort darf nicht bei Appellen stehen bleiben. Sie muss konkret werden. Erstens: Öffentliche Förderprogramme sollten nicht nur zählen, wie viele Arbeitsplätze entstehen. Sie sollten sichtbar machen, wo Forschung, Einkauf, Führung, Beteiligungen und Gewinne dauerhaft sitzen. Eine Ansiedlung ist mehr wert, wenn sie regionale Entscheidungsmacht stärkt, statt nur eine verlängerte Werkbank zu schaffen.

Zweitens: Unternehmensnachfolgen und Gründungen in Regionen mit geringer Kapitalbasis verdienen besondere Aufmerksamkeit. Das heißt nicht, Eigentum staatlich zu verteilen. Es heißt, Bürgschaften, Beteiligungsinstrumente, kommunale Wirtschaftsförderung und regionale Banken so auszurichten, dass Menschen vor Ort realistische Chancen auf Eigentum und unternehmeri-

sche Verantwortung bekommen. Wer Jahrzehnte später nur auf individuelle Leistung verweist, ignoriert, dass Leistung Kapital, Kredit und Netzwerke nicht ersetzt.

Drittens: Der Bund muss bei Institutionen im Osten auf Substanz achten. Ein Standort wird nicht dadurch stark, dass eine Behörde ein Schild an ein Gebäude hängt. Er wird stark, wenn Budgets, Entscheidungsrechte, Leitungsstellen und Aufstiegsmöglichkeiten dort verankert sind. Das gilt für Forschung ebenso wie für Verwaltung und Kultur. Dezentrale Macht darf nicht zum Schaufenster werden.

Viertens: Repräsentation braucht Transparenz. Große öffentliche Institutionen und Unternehmen müssen nicht die private Herkunft ihrer Beschäftigten katalogisieren. Sie sollten aber nachvollziehbar machen, über welche Wege Führung rekrutiert wird, welche Regionen ihre Führungskräfte geprägt haben und wo Karrieren an informellen Zugängen scheitern. Die Daten ersetzen keine Politik. Sie verhindern aber, dass Unterrepräsentation zur bloßen Anekdote erklärt wird.

Fünftens: Die Erinnerung an den Umbruch muss pluraler werden. Die Wende war weder nur Freiheitsrausch noch nur Deindustrialisierung. Sie war für viele beides: Befreiung und Verlust, Aufbruch und Entwertung, neue Chancen und der Verlust vertrauter Sicherheiten. Eine reife Erinnerungskultur hält diese Spannungen aus. Sie verlangt nicht, dass Menschen sich für eine einzige Deutung entscheiden.

Das ist kein Sonderprogramm für den Osten. Viele Regionen im Westen kennen ähnliche Erfahrungen: verlorene Industrie, schwache Kommunen, lange Wege zur nächsten Hochschule, wegziehende junge Menschen, geringe Erbschaften und wenig Einfluss auf Entscheidungen, die anderswo fallen. Gerade deshalb kann die ostdeutsche Geschichte zum allgemeinen Lernfall werden. Sie zeigt besonders klar, wie schnell gesellschaftliche Würde beschädigt wird, wenn wirtschaftlicher Umbau ohne ausreichende politische Teilhabe erlebt wird.

Die Einheit vollenden heißt, Macht teilbar zu machen

Die Frage nach der Nachverhandlung ist am Ende keine Frage danach, ob die Vergangenheit zurückgedreht werden kann. Das kann sie nicht. Sie ist die Frage, welche Gegenwart aus der Vergangenheit folgt. Eine demokratische Gesellschaft darf nicht verlangen, dass Menschen ihre Brüche vergessen, bevor sie gehört werden. Sie sollte aber auch nicht zulassen, dass diese Brüche in eine Politik der Verachtung übersetzt werden.

Die friedliche Revolution von 1989 war ein Aufstand für politische Mündigkeit. Ihre stärkste Fortsetzung wäre nicht die Behauptung, eine Region sei besser als die andere. Es wäre eine Republik, in der Herkunft immer weniger darüber entscheidet, wer Eigentum aufbaut, wer Verantwortung trägt und wer an den entscheidenden Tischen sitzt.

Dann wäre die Wende nicht nachverhandelt. Sie wäre ernst genommen: als Freiheitsgeschichte, als Geschichte harter Umbrüche und als Auftrag, Gleichheit nicht nur zu versprechen, sondern in Einfluss zu übersetzen.

Die Geduld der Demokratie

Der schwierigste Satz in dieser Debatte lautet vielleicht: Es ist besser geworden, und es ist noch nicht gleich. Beide Teile stimmen. Nach 1990 wurden Städte saniert, Umweltlasten beseitigt, Verkehrswege ausgebaut, Hochschulen neu aufgestellt und neue Arbeitsplätze geschaffen. Die amtliche Statistik dokumentiert über 35 Jahre hinweg Annäherungen bei vielen Lebensbereichen, zugleich aber fortbestehende Unterschiede bei Vermögen, Wohnen, Wirtschaft und regionaler Entwicklung.^[5] Wer ausschließlich die Fortschritte nennt, macht aus Menschen mit anderer Erfahrung Nörgler. Wer ausschließlich die Lücken nennt, macht aus einer komplexen Gesellschaft eine Ruinenlandschaft. Beides ist politisch bequem, weil es nur eine Hälfte der Wirklichkeit braucht.

Diese Ambivalenz ist nicht zufällig. Der Umbau nach 1990 war zeitlich extrem verdichtet. Betriebe mussten innerhalb weniger Jahre unter Bedingungen konkurrieren, für die ihre Eigentümer, Beschäftigten und Zulieferer nie ausgebildet worden waren. Zugleich waren die Erwartungen an die Einheit enorm: gleiche Währung, gleiche Regeln, gleiche Lebensverhältnisse – möglichst schnell. Die Geschichte der Treuhand zeigt, wie dieser Zeitdruck mit einer radikalen Privatisierungslogik zusammentraf.[3] Selbst wenn viele Alternativen ebenfalls Risiken gehabt hätten, bleibt die Frage legitim, ob Geschwindigkeit und Eigentumsstruktur anders hätten gestaltet werden können.

Demokratische Aufarbeitung bedeutet nicht, nachträglich allwissend zu sein. Sie bedeutet, Entscheidungen im Wissen ihrer Zeit zu verstehen und ihre Folgen nicht zu verschweigen. Wer 1990 Verantwortung trug, handelte unter Unsicherheit: Der Staat DDR zerfiel, die Wirtschaft verlor Absatzmärkte, die Menschen wollten Stabilität, und die internationale Lage drängte zur Einigung. Diese Lage kann man nicht mit dem Wissen von 2026 moralisch aburteilen. Doch man kann fragen, welche Lehren aus ihr folgen. Eine davon ist: Bei großen Transformationsprozessen dürfen Eigentum, Einfluss und Anerkennung nicht als spätere Nebensache behandelt werden.

Das betrifft weit mehr als die deutsche Einheit. Klimapolitik, Digitalisierung, Strukturwandel in Industrieregionen und die Transformation von Energieversorgung werden ebenfalls Gewinner und Verlierer hervorbringen. Wenn Politik nur technische Ziele kommuniziert, aber nicht erklärt, wer entscheidet, wer investiert, wer Risiken trägt und wer beteiligt wird, erzeugt sie Misstrauen. Die ostdeutsche Erfahrung ist deshalb nicht nur Erinnerung. Sie ist ein Warnsignal für jede Politik, die Umbruch für alternativlos erklärt.

Auch die Frage nach Lebensleistung gehört in diese Aufarbeitung. Viele Menschen brachten nach 1990 Fähigkeiten mit, die in der neuen Ordnung nicht eins zu eins anerkannt wurden. Berufe verschwanden, Betriebe schlossen, Laufbahnen wur-

den unterbrochen. Das war für manche ein Neubeginn, für andere eine tiefe Kränkung. Eine demokratische Gesellschaft kann nicht jede verlorene Chance nachträglich ersetzen. Sie kann aber aufhören, den Verlust von Status, Ort und Kompetenz als bloßes individuelles Anpassungsproblem zu beschreiben.

Dabei ist Vorsicht vor einer neuen Romantik nötig. Die DDR war kein gerechterer Staat, weil sie Arbeitsbiografien anders organisierte. Sie war eine Diktatur, die Freiheit, Eigentum und Selbstbestimmung begrenzte. Die Erfahrung, dass ein Beruf oder ein Betrieb nach 1990 an Wert verlor, macht diese Diktatur nicht nachträglich erträglich. Sie zeigt nur, dass die Überwindung einer Diktatur keine Garantie dafür ist, dass alle Menschen den Übergang gleich erleben. Gerade diese Unterscheidung bewahrt die Freiheit von 1989 davor, gegen die Menschen ausgespielt zu werden, die die Folgen von 1990 hart trafen.

Eine gute Einheitsgeschichte braucht daher mehrere Stimmen. Sie braucht diejenige, die von Aufstieg, Reisen, Freiheit und neuen Möglichkeiten erzählt. Sie braucht diejenige, die von Kündigung, Verkauf, Abwanderung und dem Verlust einer ganzen Berufswelt erzählt. Und sie braucht die Stimme derer, die nach 1990 geboren wurden, aber die Folgen in Erbschaften, Familienerzählungen, regionalen Chancen und politischen Deutungen weiterhin spüren. Geschichte endet nicht, wenn ein Vertrag unterschrieben ist. Sie wird sozial weitergegeben.

Die Wahl zur Volkskammer und der Einigungsvertrag bleiben dabei wichtige Bezugspunkte. Sie belegen, dass die Einheit demokratisch legitimiert und rechtlich geordnet vollzogen wurde.[1][2] Diese Legitimation ist kein Maulkorb für spätere Kritik. Sie ist der Grund, warum diese Kritik im demokratischen Raum stattfinden kann: nicht als Kampf gegen die Einheit, sondern als Streit darüber, wie ihr Versprechen glaubwürdig bleibt.

Deshalb ist es klüger, von einer unvollendeten Angleichung als von einer misslungenen Einheit zu sprechen. Das erste nimmt Probleme ernst und

lässt Veränderung zu. Das zweite erklärt drei Jahrzehnte Geschichte zum Totalschaden und macht jede Verbesserung unsichtbar. Wer die Einheit vollenden will, muss weder die Vergangenheit verklären noch sie verwerfen. Er muss Macht, Eigentum und Anerkennung so verteilen, dass die Freiheit von 1989 nicht nur als historische Erinnerung, sondern als soziale Erfahrung trägt.

QUELLEN (9)

[1] März 1990: Volkskammerwahl
<https://www.bundesarchiv.de/themen-entdecken/online-entdecken/stories/der-weg-zur-deutschen-einheit/maerz-1990/>, Bundesarchiv, abgerufen am 18. Juli 2026

[2] Einigungsvertrag vom 31. August 1990
<https://www.gesetze-im-internet.de/einigvtr/BJNR208890990.html>, Bundesministerium der Justiz und Bundesamt für Justiz, abgerufen am 18. Juli 2026

[3] Treuhandanstalt und Wirtschaftsumbau
<https://www.bpb.de/themen/deutsche-einheit/lange-wege-der-deutschen-einheit/315873/treuhandanstalt-und-wirtschaftsumbau/>, Bundeszentrale für politische Bildung, abgerufen am 18. Juli 2026

[4] Vermögen und Finanzen privater Haushalte in Deutschland: Ergebnisse der Vermögensbefragung 2023
<https://publikationen.bundesbank.de/publikationen-de/berichte-studien/monatsberichte/monatsbericht-april-2025-954594?article=vermoegen-und-finanzen-privater-haushalte-in-deutschland-ergebnisse-der-vermoegensbefragung-2023--954598>, Deutsche Bundesbank, abgerufen am 18. Juli 2026

[5] 35 Jahre Deutsche Einheit
https://www.destatis.de/DE/Themen/Querschnitt/35-Jahre-Deutsche-Einheit/_inhalt.html, Statistisches Bundesamt, abgerufen am 18. Juli 2026

[6] Leichter Anstieg bei Repräsentation Ostdeutscher in Führungspositionen
<https://www.ostbeauftragte.de/ostb/Content/DE/Artikel/Aktuelles/News/2025/2025-05-16-ergebnisse-elitenmonitor-2024.html>, Beauftragte der Bundesregierung für Ostdeutschland, abgerufen am 18. Juli 2026

[7] Bundestagswahl 2025: Ergebnisse Sachsen-Anhalt
<https://www.bundeswahlleiterin.de/bundestagswahlen/2025/ergebnisse/bund-99/land-15.html>, Die Bundeswahlleiterin, abgerufen am 18. Juli 2026

[8] Regierungsprogramm der AfD Sachsen-Anhalt
<https://afd-regierungsprogramm.de/>, AfD Sachsen-Anhalt, abgerufen am 18. Juli 2026

[9] Wir sind das Volk, und wir sind ein Volk!
<https://afdbundestag.de/wir-sind-das-volk-und-wir-sind-ein-volk/>, AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag, abgerufen am 18. Juli 2026

BEGRIFFE IM ARTIKEL (4)

Deindustrialisierung: Rückgang industrieller Produktion und Beschäftigung in einer Region oder Volkswirtschaft.

Transformationsprozessen: Umfassende Veränderungen, bei denen Wirtschaft, Institutionen und Lebensverhältnisse neu geordnet werden.

Treuhandanstalt: Deutsche Behörde, die ab 1990 große Teile des volkseigenen DDR-Vermögens privatisierte oder abwickelte.

Unterrepräsentation: Situation, in der eine Gruppe in bestimmten Positionen deutlich seltener vertreten ist als in der Bevölkerung.

Eine Perspektive. Kein Orakel.

KI meint ist eine digitale Tageszeitung für begründete Einordnung. Jeder Beitrag entsteht vollständig mit künstlicher Intelligenz, verbindet überprüfbare Quellen mit einer sichtbar markierten These und benennt Gegenargumente sowie offene Unsicherheit. Die angegebenen Quellen werden redaktionell geprüft.

ÜBER DAS FORMAT

Wofür KI meint steht und wie eine Ausgabe einordnet.

www.ki-meint.de/ueber

KI-REDAKTION

Wie die Beiträge entstehen und redaktionell geprüft werden.

www.ki-meint.de/ueber-die-ki

GRUNDSÄTZE

Fakten, Bewertung und Unsicherheit bleiben klar erkennbar.

www.ki-meint.de/grundsatz

Impressum

Angaben gemäß § 5 Digitale-Dienste-Gesetz (DDG)

ANBIETER

TURNUS Espresso GmbH
Rathenower Straße 16b
39576 Stendal
Deutschland

Geschäftsführung: Andreas Goclik

KONTAKT UND REGISTER

Telefon: +49 162 2063808
E-Mail: info@turnus-espresso.de

Amtsgericht Stendal
HRB 34956
USt-IdNr.: DE 345769299

REDAKTIONELL VERANTWORTLICH

Andreas Goclik
Rathenower Straße 16b
39576 Stendal

Verantwortlich gemäß § 18 Abs. 2
Medienstaatsvertrag (MStV).

Vollständiges Impressum: www.ki-meint.de/impressum · Stand: 18. Juli 2026